

Er scheint  
wöchentlich 2 Mal  
Dienstag und Freitag)  
Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mark.  
Eine einzelne Nummer  
kostet 10 Pf.  
Inseratenannahme  
Montags u. Donnerstags  
bis Mittag 12 Uhr.

# Wochenblatt

Er scheint  
wöchentlich 2 Mal  
(Dienstag und Freitag.)  
Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mark.  
Eine einzelne Nummer  
kostet 10 Pf.  
Inseratenannahme  
Montags u. Donnerstags  
bis Mittag 12 Uhr.

für  
**Wilsdruff, Tharandt,**

**Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.**

**Amtsblatt**

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

**Wierzigster Jahrgang.**

**Nr. 57.**

**Dienstag, den 13. Juli**

**1880.**

## 2. Quittung.

Für die durch die Wolkenbrüche in der Oberlausitz schwer Heimgesuchten haben ferner hier abgegeben:  
Stadtgemeinde Wilsdruff 239 M. 93 Pf., Gemeinde Herzogswalde 61 M. 50 Pf., Gemeinde Kaufbach 48 M., einige Mitglieder  
der Gemeinde Altanneberg 10 M., Gemeinde Steinbach bei Wilsdruff 27 M. 75 Pf., Gemeinde Runzig 7 M. 30 Pf., Gemeinde Birkenhain  
16 M. 20 Pf., Gemeinde Grumbach 103 M.

**Jetzt zusammen: 1026 M. 68 Pf.**

worüber dankend quittiert wird.  
Meissen, den 10. Juli 1880.

**In Stellvertretung des Amtshauptmanns.**

**v. Meyer.**

In der letzten Nummer des Wilsdruffer Wochenblattes ist die Notiz enthalten, daß der Raupenfraß in den Apfelbäumen, **besonders an den Chausseen**, in diesem Jahre zu einer wahren Landplage zu werden drohe. Hierzu gestattet sich ergebens unterzeichnete Stelle zu bemerken, daß es hauptsächlich die an den Chausseen stehenden **Privatbäume** sind, welche den Anblick von Befenreißig gewähren. Seitens der Straßenbauverwaltung sind an deren Bäumen so viel wie möglich Vorkehrungen zur Beseitigung der Raupen getroffen und daß ihr daran liegt, daß auch an den Privatbäumen zur Beseitigung des Ungeziefers beigetragen werde, dafür spricht ein bei hiesiger Königl. Amtshauptmannschaft unterm 27. vorigen Monats gestellter Antrag auf Erlass einer Bekanntmachung, die „Apfelbaumgespinnstmotte“ betreffend.

Meissen, am 8. Juli 1880.

**Die Königliche Chaussee-Inspection.**

**Oscar Reuband.**

### In Sachen der Trunksucht.

Paragraph 361, des deutschen Reichsstrafgesetzbuchs lautet: „Wer sich dem Spiel, Trunk oder Müßiggang dergestalt hingiebt, daß er in einen Zustand geräth, in welchem zu seinem Unterhalte oder zum Unterhalte Derjenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß, wird mit Haft bestraft.“ Das ist Alles, was man hat, um auf gesetzlichem Wege gegen das Laster der Trunksucht einzuschreiten. — Es darf sich also einer noch so oft betrinken — so lange er dabei nicht so weit herunterkommt, daß er oder die Seinen von der Gemeinde unterstützt werden müssen, so lange kann er nicht bestraft werden. So müssen also, abgesehen von dem eigenen Verderben des Trunkenbolde und von dem verderblichen Beispiel, das er giebt, die Gemeinden ruhig zusehen, wie einer sein ganzes Vermögen durch die Gurgel jagt und können nicht eher gegen ihn einschreiten, als bis er soweit ist, daß er mit seiner Familie der Armentasse zur Last gefallen ist; erst dann kann er bestraft werden. Natürlich ist's dann zu spät. — Auf diesen schreienden Uebelstand ist nun schon von den verschiedensten Seiten hingewiesen worden. So hat auch in diesem Frühjahr wieder der Ausschuß der weisphälischen Gefängnisgesellschaft eine Petition an den Reichstag gerichtet, in welchem zum vierten Male um ein Gesetz gebeten wird, welches die Bestrafung der Betrunklenen, die an öffentlichen Orten angetroffen werden, ebenso die Bestrafung der Wirthe angeordnet, welche geistige Getränke an Betrunkene, resp. notorische Trunkenbolde verabfolgen lassen. Wir sind begierig, wie oft noch eine so dringende Sache in der Papierform des Reichstages geworfen wird, und wie lange unsere Reichsregierung noch in dieser Beziehung nach dem liberalen Grundsatz des Gehens lassens verfährt.

### Tagesgeschichte.

Die „Dr. Btg.“ schreibt in ihrem neuesten Leitartikel: Die gegenwärtige politische Lage Deutschlands erregt vielfache Besorgnisse. Es scheint, als ob sowohl Frankreich als Rußland auf eine Reihe von Jahren mit sich selbst genügend beschäftigt sein würden, als ob Deutschland, trotz seiner engen Beziehung zu Oesterreich, durch neue orientalische Verwickelungen nicht sonderlich in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, aber eine Bürgschaft dafür besitzen wir natürlich nicht. Die auswärtige Politik ist für das Volk ein Buch mit sieben Siegeln, und da es genöthigt wird, sich eigene politische Ansichten zu bilden, so findet die Opposition, je friedlicher die Lage Deutschlands sich gestaltet, um so mehr eine Handhabe, wider die neuen großen Militärlasten zu eifern. Die Einziehung der Ersparnisse muß sich als eine große Störung im wirtschaftlichen Leben äußern, und wenn dem Volke von berufener Seite nicht erklärt wird, warum diese und andere Opfer nothwendig sind, so wird eine Rückwirkung auf die Wahlen zu Gunsten derjenigen Partei, welche diese Opfer für unnöthig erklärt und die Verminderung der Militärlast auf ihren Banner geschrieben hat, welche innersten Herzens vielleicht die Reichsregierung ebenso wünscht, wie alle Parteien, etwa die Alt-Conservativen ausgenommen, unausbleiblich sein. Das Vertrauen zur Reichsregierung hat ferner einen Stoß erlitten, weil die directe Initiative des Reichskanzlers zur Herstellung des Kirchenfriedens, der durch die Kirchenvorlage zunächst allerdings nur für Preußen erstrebt wurde, in ihrer ganzen Art und Weise nicht mehr jener Energie entsprach, mit welcher der Kanzler früher den Kulturkampf aufgenommen und geführt hatte. Man mag über die Zweckmäßigkeit des Friedens mit dem Vatikan denken wie man will, so wird man in ganz Deutschland auch nicht einen Mann — außer vielleicht Herrn von Puttkamer — finden, der behaupten möchte, der neue Frieden schädige

nicht jenen Geist selbstbewußter Kraft, jenes patriotische Gefühl, daß der Papst in Deutschland „nig to seggen“ hat, jene Begeisterung, welche das Volk dazu trieb, dem Träger der Reichsgewalt Denkmale und Denksteine zu errichten, welche die Erinnerung an Canossa ächteten und den Mann feierten, der nach achthundert Jahren gegen die Erneuerung der Ansprüche Gregor VII. thatkräftig einschritt. Der Gedanke an eine Aet Concordat verträgt sich nicht mit dem Namen des Kaisers Wilhelm, des Fürsten Bismarck und des Ministers Falk, deren Wirken die prophetischen Worte eines Heinrich Heine erfüllten, als er Heinrich IV. dem thatkräftigen Gregor und der Mathildis im Schloßhofe zu Canossa zurufen ließ: „Du, mein liebes, treues Deutschland, — du wirst auch den Mann gebären, der die Schlange meiner Qualen — niederschmettert mit der Streitart!“ Und nun gestellt sich dazu eine aufrichtige Bestimmung über die langsame und — gestehen wir es offen — zweifelhafte Besserung der Finanzlage des Reiches. Die Ergebnisse des Reichshaushalts für 1879/80 zeigen Ausgabe-Ersparnisse von 4 1/2 Millionen Mark, aber Mehrerträge bei den Einnahmen nur circa 18 1/2 Millionen Mark. Die Bölle und Verbrauchssteuern haben insgesamt nur circa 23 1/2 Millionen Mark mehr eingebracht, als im Vorjahre. Diese Summen bleiben weit zurück hinter den Erwartungen und Anschlägen der Reichsregierung; es ist gar nicht darauf zu rechnen, daß die viel höheren Deficits der Einzelstaaten damit beseitigt werden können, und die Summe ist völlig unzureichend, um mit den versprochenen Steuernachlässen vorgehen zu können. Es ist vielleicht zu erwarten, daß der Etat von 1880/81 beträchtlichere Ueberschüsse aufweisen wird, aber das Volk — oder auch jedes Volk — versteht nicht zu warten, wenn es sich um Erfüllung politischer oder wirtschaftlicher Versprechungen handelt. So ist auch hier der extremen Opposition eine bequeme Gelegenheit gegeben, den wirtschaftlichen Segen des Systems Bismarcks zu bekritteln und herabzusetzen und wenn, wie dies schon jetzt geschieht, behauptet wird, das nächste Jahr werde noch ungünstigere Ergebnisse zeitigen, so wird in Geldsachen stets der Pessimismus die Menge gewinnen. Zu diesen Hauptpunkten gesellen sich noch eine ganze Reihe anderer Punkte, welche — möglichst schwarz geschildert — das Vertrauen erschüttern müssen, so z. B. der charakterisirte „Auf nach Brod“, die ungünstige Ernte, für die man doch eigentlich nur den lieben Gott verantwortlich machen kann, die Agitation gegen die Getreidezölle, der Hinweis auf die noch immer schwierige Lage des Erwerbslebens, auf die ungebrochene Macht der Sozialdemokratie, auf die Möglichkeit eines conservativ-clericalen Reichsministeriums, auf die Mehrlast von circa 200 Millionen neuer Steuern, auf den Einfluß der staatlichen Concurrnz für das private Erwerbsleben, wie neuerdings durch die Filialen der kaiserlichen Tabakmanufaktur zu Straßburg, auf die monopolistischen Industriepäne des Reichs (Eisenbahnen, Tabakmonopol, Versicherungswesen) und dergl. Auf allen diesen Gebieten fehlen offizielle Veruhigungen, positive Ermuthigungen des Vertrauens auf die Zukunft; es fehlt die richtige Action der Regierung, wie auch der Parteien, welche das Vertrauen zur Reichsregierung bisher gefördert haben. Fliegt der Stoff zur Unzufriedenheit in so reichem Maße, wie jetzt den extremen Parteien zu, liegt er gewissermaßen in der Luft, die man athmet, so mag man sich auch nicht wundern, wenn die Wahlen eine neue unerwartete Sprache reden!

Geh. Regierungsrath Reuleaux hat Berlin bereits verlassen, um als Reichskommissar bei der Ausstellung in Melbourne die Interessen der deutschen Ausstellung wahrzunehmen. Da die Ausstellung erst am 1. Octbr. eröffnet wird, so beabsichtigt er vorher die Stätten der Ausgrabungen von Schliemann und Humann in Griechenland zu besuchen, und wird wahrscheinlich gegen Ende August in Melbourne eintreffen. Rückfichtlich der Betheiligung Deutschlands an der Ausstellung weist